

Vergleich der Parteiprogramme zur Bundestagswahl am 18. September 2005 im Hinblick auf die in den Wahlprüfsteinen des Handwerks genannten 4 zentralen Aufgabenfelder

					
Titel	Deutschlands Chancen nutzen. Wachstum. Arbeit. Sicherheit.	Arbeit hat Vorfahrt. Deutschlandprogramm 2005	Vertrauen in Deutschland. Das Wahlmanifest der SPD.	Eines Für Alle: Das Grüne Wahlprogramm 2005.	Für eine neue sozial Idee.

1. Das Handwerk fordert: Steuern und Abgaben senken – Chancen für Arbeit erhöhen

Was will die Politik?

a) Steuern, Finanzen, Haushalt

Mehrwertsteuer	Anhebung von 16 auf 18 % zum 01.01.2006 (ermäßigter Satz bleibt bei 7 %).				
Erbschaftsteuer	Stundung bei Betriebsübergang und Entfall bei Fortführung über 10 Jahre (ab 01.01.06).	Stundung und Erlass in 1/10-Schritten über 10 Jahre bei Betriebsübergang.	"Die betriebliche Erbschaftsteuer wird so ausgestaltet, dass kleine und mittlere Unternehmen beim Übergang zur nächsten Generation fortbestehen." - Private Erbschaftsteuer soll sozialgerecht und verfassungsgemäß umgestaltet werden.	Steigerung des Aufkommens aus höheren Erbschaften.	Erhöhung der Erbschaftsteuer
Vermögensteuer		Endgültige Abschaffung.		Neueinführung der Vermögensteuer auf private Vermögen.	Die Vermögensteuer soll ab einem Vermögen von mehr als 300.000 Euro pro Person erhoben werden.
Ist-Besteuerung	Erhöhung der Ist-Besteuerungsgrenze auf 1 Mio. Euro.	Genereller Übergang von der Soll- zur Ist-Besteuerung.			
Einkommensteuer	zum 01.01.07: - Senkung des Eingangssteuersatzes auf 12 % und des Spitzensteuersatzes auf 39 %. - Gegenfinanzierung: Streichung von Befreiungen, Vergünstigungen und Ausnahmetatbeständen.	- Stufentarife 15,25 und 35 % für Private. - Steuerfreier Grundfreibetrag von 7.700 Euro.	- Keine weiteren Steuersenkungen. - Hohe Individualeinkommen (250.000 Euro (Ledige)/ 500.000 (Verheiratete)) sollen 3 % höhere Einkommensteuer bezahlen (Betriebe nicht betroffen).	- Keine weiteren Steuersenkungen. - Schrittweise Aufhebung des Ehegattensplittings. - Bei der Einkommensteuer soll die Besteuerung von Privatpersonen und Unternehmen getrennt werden.	- Eingangssteuersatz: 15 % mit Freibetrag i.H.v. 12.000 Euro. - Spitzensteuersatz von 50 % oberhalb 60.000 Euro. - Steuersparfonds und Abzugs- und Gestaltungsmöglichkeiten bei Immobilienvermietung sollen eingeschränkt werden.

	CDU/CSU	FDP	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	Die Linke. PDS
	• Einheitlicher Grundfreibetrag 8.000 Euro pro Person. • Beibehaltung des Ehegattensplittings.	• Für Unternehmen: 15 und 25 % (unabhängig von der Rechtsform) zuzüglich kommunalem Zuschlag als Ersatz für die Gewerbesteuer. Endbelastung (je nach gemeindlichem Hebesatz) ca. 28 %. • Langfristig: Flat Tax			• Anhebung der Fahrtkostenpauschale für Berufspendler auf 40 Cent pro Entfernungskilometer. • Ermäßigter Mehrwertsteuersatz von 7 % im Handwerk und bei apothekenpflichtigen Arzneimitteln. • Höhere Steuerzahlungen gewinnstarker, großer Unternehmen. • Einschränkung von Steuervergünstigungen und schließen von Steuerschlupflöchern für profitable Unternehmen und einkommensstarke Haushalte. • Abschaffung des Ehegattensplittings.
Körperschaftsteuer	• Senkung auf 22 % zum 01.01.07. • Gegenfinanzierung: Besteuerung von Beteiligungsverkäufen von Kapitalgesellschaften und Einschränkung der Verlustverrechnungsmöglichkeiten bei Fondsmodellen zum 01.01.06.		• Senkung von 25 auf 19 % (aufkommensneutrale Gegenfinanzierung).		• Höhere Steuerzahlungen gewinnstarker, großer Unternehmen.
Kapitalertragsbesteuerung	• Einführung einer Abgeltungssteuer auf Kapitaleinkünfte.	• Abgeltungssteuer auf Kapitaleinkünfte i.H.v. 25 %.			
Gewerbsteuer/ Gemeindefinanzen	• Erhalt der Gewerbesteuer, bis im Einvernehmen mit Kommunen und Wirtschaft eine Lösung gefunden ist.	• Abschaffung der Gewerbesteuer. • Kommunaler Zuschlag mit eigenem Hebesatzrecht auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer. • Erhöhung des Anteils der Gemeinden an der Umsatzsteuer von derzeit 2,2 auf 12 %.	• Anrechnungsfaktor der Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer soll von 1,8 auf 2,0 angehoben werden. • Kommunen sollen einen Teil der steigenden Gewerbesteuereinkommen für Investitionen statt zur Entschuldung einsetzen dürfen.	• Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer. • Gewinnunabhängige Elemente (Zinsen, Mieten, Pachten) sollen stärker einbezogen werden. • Grundsteuer soll als kommunale Vermögenssteuer gestärkt werden. • Stellung der kommunalen Selbstverwaltung soll ausgebaut werden.	• Die Gewerbesteuer soll zu einer Gemeindefinanzierungssteuer weiterentwickelt werden, in die grundsätzlich alle einbezogen werden. In die Bemessungsgrundlage sind zudem gezahlte Schuldzinszahlungen, Mieten, Pachten und Leasingraten einzubeziehen.
Weitere Aussagen zur Steuerpolitik	• Prüfung einer Kapitalrenditeststeuer. • Neues Steuergesetzbuch für Einkommen- und Unternehmenssteuer. Die Besteuerung soll rechtsformneutral für Einzelunternehmen sowie für Personen- und Kapitalgesellschaften zusammengeführt werden. • Kleine Unternehmen sollen von Buchführungspflichten entlastet werden.	• Steuerentlastung: 17 – 19 Mrd. Euro. • Steuervereinfachung: Steuerbefreiungen, steuerliche Ausnahmen und Lenkungs Vorschriften werden abgeschafft.	• Durch eine rechtsform- und finanzierungsneutrale Unternehmenssteuer sollen Kapitalgesellschaften und Personengesellschaften einheitlich besteuert werden. • 20 % aller privaten Erhaltung- und Modernisierungsaufwendungen bis 3000 Euro, d. h. max. 600 Euro, sollen – zunächst befristet auf zwei Jahre – von der zu zahlenden Einkommensteuer abziehbar sein. • Prüfung, ob die Begünstigung haushaltsnaher Dienstleistungen ausgeweitet wird.	• Europaweite Kerosinsteuer. • Einführung der Tobin-Steuer zur Finanzierung öffentlicher Entwicklungshilfe. • Einheitliche konsolidierte Bemessungsgrundlage für die Körperschaftsteuer und die Mindestbesteuerung von Unternehmen in der EU. • Entfernungspauschale soll reduziert werden. • Kohlebeihilfe soll abgeschafft werden. • Mehrwertsteuer auf grenzüberschreitende Flüge einführen.	• Einführung einer Steuer auf internationale Devisentransaktionen und konsequenter Kampf gegen Steueroasen. • Ausbau der Regulierung und Kontrolle der Finanzmärkte. • Subventionen müssen an klare gesellschaftlich gewünschte Zwecke gebunden sein und möglichst als direkte Förderung statt über die Steuern gegeben werden. • Kampf gegen Steuerhinterziehung und Steuerflucht, Börsengeschäfte und Finanzspekulationen müssen besteuert werden.

	CDU/CSU	FDP	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	Die Linke. PDS
	Faire Wettbewerbsbedingungen für Unternehmen in Europa: Stopp von unfairer Steuer- und Subventionswettlauf, Beseitigung des Fördergefälles zu EU-Hochfördergebieten.		- Transparenz und Regulierung der Offshore-Finanzzentren. - Einheitlicher Mindeststandard auf EU- und internationaler Ebene für Hedge-Fonds. - Harmonisierung und Mindeststeuersätze für Unternehmensgewinne auf EU-Ebene.	Ungerechtfertigte Ökosteuer-Ausnahmen für Großverbraucher sollen reduziert werden.	- Veräußerungsgewinne bei Wertpapieren und Immobilien sollen ohne Spekulationsfristen besteuert werden. - Dividenden, Zinsen und andere Kapitalerträge müssen für die Einkommensteuer erfasst werden. - Die 1991 abgeschaffte Börsenumsatzsteuer soll wieder eingeführt werden.

Haushaltspolitik	- Geplant: Neuverschuldung 2013 von Null. - Erfüllung des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts in der kommenden Legislaturperiode mit Hilfe eines föderalen Konsolidierungspaktes. - Abbau von Subventionen und Finanzhilfen.	- Aufnahme der Maastricht-Kriterien ins Grundgesetz. - Privatisierungen konsequent fortsetzen. - Generelle Subventionskürzung um 20 %. - Grundsätzlich sind Subventionen nur noch degressiv und zeitlich befristet zu vergeben. - Steinkohlesubventionen sind einzustellen. - Senkung der Staatsquote unter 40 %.	- Konjunkturgerechte Konsolidierung der Staatsfinanzen. - Neuer Anlauf zum Abbau von Steuervergünstigungen. - Keine zusätzlichen Sparrunden bei einem noch nicht gesicherten kräftigen Aufschwung.	Schaffung finanzieller Freiräume durch den Abbau von Subventionen und Steuerprivilegien, konsequentes Vorgehen gegen Steuerhinterziehung, Steuerflucht und Steuerbetrug und Abschmelzen des Ehegattensplittings u. a. zur Haushaltskonsolidierung.	- Die Nachfrage muss durch öffentliche Investitionen erhöht werden. - Öffentliche und soziale Leistungen müssen ausgebaut werden.
-------------------------	---	--	--	--	--

b) Sozialversicherungen

Gesetzliche Krankenversicherung	- Einführung einer solidarischen Gesundheitsprämie in der GKV. - Festschreibung Arbeitgeberanteil. - Mehr Wettbewerb im Gesundheitswesen. - Beitragsfreie Mitversicherung von Kindern (steuerfinanziert).	- Privater Krankenversicherungsschutz mit sozialer Absicherung für alle. - Sozialer Ausgleich durch Steuer- und Transfersystem.	- Einführung der Bürgerversicherung, in der die gesetzliche und die private Krankenversicherung nebeneinander Bestand haben. - Gutverdienende, Beamte, Selbständige und Politiker sollen einbezogen werden. - Die Beiträge richten sich nach dem Einkommen. - Auch Kapitalerträge sollen zur Finanzierung herangezogen werden.	- Einführung der Bürgerversicherung in die alle gemäß ihrer Leistungsfähigkeit einbezahlen. - Mehr Wettbewerb zwischen den Kassen. - Weiterhin Beitragsparität. - Kinder bleiben beitragsfrei mitversichert. - Beitragsfreiheit auch für Lebenspartner, die Kinder erziehen oder Pflegeleistungen erbringen.	- Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung, in der alle Berufsgruppen und Einkunftsarten einbezogen werden. - Beitragsbemessungsgrenze soll auf 5100 Euro angehoben werden. - Paritätische Finanzierung bleibt.
Pflegeversicherung	- Einführung einer Kapitaldeckung in der Pflegeversicherung. - Stärkung der Prävention und Rehabilitation.	Gleitender Übergang in ein kapitalgedecktes, privates Versicherungsmodell.	- Ausbau der Pflegeversicherung zu einer Pflege-Bürgerversicherung. - Alle Bürger sollen sich an der Finanzierung beteiligen.	- Ausbau der Pflegeversicherung zu einer Bürgerversicherung. - Zusätzlich ergänzende Vorsorge. - Bisher konstante Leistungssätze müssen an die Preisentwicklung angepasst werden. - Mehr Transparenz von Pflegekosten und tatsächlich erbrachten Pflegeleistungen.	

	CDU/CSU	FDP	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	Die Linke. PDS
Rentenversicherung	• Rentenversicherung: Langfristige Beitragsstabilität, ausgerichtet am derzeitigen Niveau. • Für Neugeborene zum 01.01.07: Einführung eines Kinderbonus von monatlich 50 Euro als Beitragsermäßigung (finanziert durch Abschaffung der Eigenheimzulage). • Verlängerung der Lebensarbeitszeit durch früheren Berufseintritt. • Entbürokratisierung der privaten und betrieblichen Altersvorsorge.	• Beitragssatz langfristig bei 19 %. • Ausbau der privaten und betrieblichen Vorsorge. • Berufseintrittsalter soll gesenkt werden (kürzere Ausbildungszeiten, 12 Schuljahre, Aussetzen der Wehrpflicht). • Anreize zur Frühverrentung abschaffen. • Nach 45 Beitragsjahren Rente ohne Abschlag.	• Ausbau der privaten und betrieblichen Vorsorge. • Ziel: Faktisches Rentenalter an das gesetzliche Rentenalter von 65 Jahren heranzuführen.	• Auch Rentenversicherung soll zur Bürgerversicherung weiterentwickelt werden. • Gesetzliche Rente wird um Basisversicherung ergänzt um private Vorsorge in unterschiedlichen Formen. • "Wir werden auch die Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen nicht aus ihrer Verantwortung zur Mitfinanzierung unserer sozialen Sicherungssysteme entlassen."	• Die gesetzliche Rentenversicherung ist in eine Erwerbstätigenversicherung umzuwandeln, in die Berufsgruppen, Freiberufler, Selbständige, Abgeordnete und später auch Beamte und Beamtinnen einbezogen werden. • Untere Versicherungsgrenze soll eine Rente mit Grundbetrag von gegenwärtig monatlich 800 Euro sein. • Benachteiligung ostdeutscher Rentner beseitigen, Abbau von Frauenaltersarmut und stärkere Anrechnung von Erziehung von Kindern und Pflege von Angehörigen. Finanzierung aus Steuermitteln.
Arbeitslosenversicherung	• Senkung des Beitragssatzes der Arbeitslosenversicherung von 6,5 auf 4,5 % ab 01.01.2006	• Senkung des Beitragssatzes um 2 Prozentpunkte.			
Unfallversicherung		• Ankündigung einer Reform zur Senkung der Lohnnebenkosten.			

2. Das Handwerk fordert: Qualifizierungs- und Beschäftigungspotentiale erschließen

Was will die Politik?

a) Bildung

Bildung und Ausbildung	• Gezielte Förderung hochbegabter Kinder und Jugendlicher. • Größere Freiräume des Betriebs bei Lehrlingsvergütung. • Ausbildungspakt fortführen statt Ausbildungsplatzabgabe.	• Beibehaltung der hohen Qualität der dualen Ausbildung. • Modularisierung des gesamten Bildungssystems. • Möglichkeit der Stufenausbildung und 2-jähriger Berufsausbildung. • Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung. • Reform der beruflichen Bildung und Abbau von Ausbildungshindernissen. • Einheitliche Qualitätsstandards im Bildungswesen und Kontrolle durch unabhängige Agenturen. • Frühkindliche Bildung ausbauen. • Schulausbildung ab dem 5. Lebensjahr. • Fremdsprachen ab der 1. Klasse. • Flächendeckendes Angebot an Ganztagschulen. • Abitur auf 12 Jahre verkürzen. • Studienentgelte für Hochschulen. • ZVS abschaffen.	• 1,9 Mrd. Euro für die Hochschulen im Rahmen der Exzellenzinitiative. • Zugang zur Hochschule auch für qualifizierte Absolventen einer Berufsausbildung ohne Abitur. • Ausbildungsgarantie für junge Menschen unter 25 Jahren. • Fortführung des Ausbildungspaktes. • Programm "2. Chance" für Schul- und Ausbildungsabbrecher. • Weiterbildung als 4. Säule der Bildung. • Bis 2010 rund 230.000 zusätzliche Plätze in Kindergärten, Krippen und Tagespflege. • Mit den Ländern sollen bis 2008 rund 4 Mrd. Euro für die Einrichtung von 10.000 zusätzlichen Ganztagschulen zur Verfügung gestellt werden.	• Bildungsauftrag der Kita soll gestärkt werden. • "Wir haben die Berufsausbildung bereits entschlackt und modernisiert. Jetzt sind die Unternehmen am Zuge, auf der Grundlage der verbesserten Bedingungen auch genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen." • "Sollte der geschlossene Ausbildungspakt dieses nicht leisten können, so wollen wir eine Ausbildungsplatzumlage einführen." • Hochschulzugang für befähigte "Nicht-Abiturienten". • Mehr Autonomie für die Hochschulen bei der Auswahl von Studierenden. • Fairer Wettbewerb der Hochschulen.	• Langes gemeinsames Lernen in einer integrativen Gemeinschaftsschule von Klasse 1 bis Klasse 10. • Ausgewogenes Netz von Ganztagsangeboten. • "Jedem Schulabgänger, jeder Schulabgängerin einen Arbeitsplatz! Betriebe, die nicht ausbilden – obwohl sie es könnten – sollen zahlen." • Sozial gleicher Zugang zum Hochschulstudium mit Ausbildungsförderung ohne Rückzahlungsverpflichtung. • Mehr Autonomie für die Hochschulen. • Die öffentlichen Ausgaben für das Bildungswesen sind auf 6 % des BIP anzuheben. • Den Unternehmen kommt – auch finanziell – eine größere Verantwortung zu.
-------------------------------	--	---	---	---	--

b) Arbeitsrecht, Arbeitsmarkt- und Tarifpolitik

Kündigungsschutz	• Kündigungsschutz: Erst ab 21 Beschäftigte, bei Neueinstellungen erst nach 2 Jahren. • Abfindungsregelung mit gesetzlicher Mindesthöhe bei Verzicht auf Kündigungsschutzklage.	• Soll erst ab 50 Mitarbeitern und nach vier Jahren Betriebszugehörigkeit gelten. • Statt Kündigungsschutz können Arbeitgeber und Arbeitnehmer auch Abfindungszahlung oder Finanzierung einer Weiterbildungsmaßnahme vereinbaren.	• Garantie des Kündigungsschutzes.	• Garantie des Kündigungsschutzes.	• Keine Lockerung des Kündigungsschutzes.
Betriebliche Bündnisse für Arbeit	• Betriebliche Beschäftigungsbündnisse ermöglichen (bei Zustimmung von Betriebsrat und 2/3 der Belegschaft, kein Vetorecht der Tarifparteien).	• Betriebliche Bündnisse für Arbeit, wenn 75 % der Belegschaft zustimmen.	• Ablehnung gesetzlicher Eingriffe.	• Ablehnung gesetzlicher Eingriffe.	• Die Durchsetzungsfähigkeit der Gewerkschaften und die Bindungswirkung der Tarifverträge sollen gestärkt werden.

	CDU/CSU	FDP	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	Die Linke. PDS
Teilzeit- und Befristungsrecht	• Einschränkung des Teilzeitan-spruchs: nur noch bei Kinderer-ziehung und Pflege. • Beschränkung befristeter Verträ-ge auf Neueinstellungen wird auf-gehoben.		• Verbesserung der Angebote von Teilzeitarbeit.		
Mindestlohn	• Keine Ausweitung des Arbeit-nehmerentsendegesetzes auf alle Branchen, keine gesetzlichen Mindestlöhne. • Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping sowie Schwarzar-beit durch wirksame, grenzüber-schreitende Kontrollen.	• Mindestlohn wird abgelehnt.	• Ausweitung des Arbeitnehmer-entsendegesetzes auf alle Bran-chen. • Gesetzlicher Mindestlohn nicht ausgeschlossen.		• Gesetzlicher Mindestlohn i.H.v. 1400 Euro brutto im Monat.
Mitbestimmung		• Betriebsrat erst ab 20 Beschäftig-ten.			• Mitbestimmung und Beteiligung der Beschäftigten am Produktiv-vermögen wird ausgebaut.
Ladenöffnungszeiten		• Ladenöffnungszeiten sollen frei-gegeben werden.			
Sonstiges	• Stärkere Teilhabe der Arbeitneh-mer an Unternehmenserträgen (betriebliche und tarifliche Ge-winnbeteiligungsinstrumente). • Gleichstellung von Frauen in der Berufswelt. • Alle arbeitsmarktpolitischen Maß-nahmen kommen auf den Prüf-stand: was unwirksam oder ineffi-zient ist, wird abgeschafft. • Abschaffung der Ich-AGs (Be-standsschutz für bereits geneh-migte Ich-AGs). • Stärkere Beitragsbezogenheit in der Arbeitslosenversicherung (lange Einzahlungszeiten werden besser gestellt). • Strukturelle Veränderungen der Bundesagentur für Arbeit. • Leistungen der Bundesagentur für Arbeit sollen von den eingezahl-ten Beiträgen abhängen.	• Bis das liberale Bürgergeld um-gesetzt ist, sollen die Regelungen für Minijobs ausgeweitet werden (bis zu 600 Euro Einkommen). • Auflösung der Bundesanstalt für Arbeit, stattdessen effiziente und bürgernahe Arbeitsvermittlung. • ABM, Weiterbildungs- und Früh-verrentungsprogramme sollen nicht länger über Beiträge finan-ziert werden. • Aussteuerungsbetrag soll abge-schafft werden.	• Gesetzlicher Insolvenzschutz für Arbeitszeitkonten. • Schaffung gleicher Karrierechan-cen für Frauen – notfalls per Ge-setz. • Frauenerwerbsquote soll auf 60 % gesteigert werden. • Arbeitsmarkt- und Arbeitslosenda-ten sind geschlechtsspezifisch zu erstellen. • Einrichtung eines vom Bund geförderten "Gender-Kompetenz-Zentrums" als anwendungsorien-tierte Forschungseinrichtung an der Berliner Humboldt-Universität.	• "Um in der Privatwirtschaft lang-fristig einen paritätischen Anteil von Frauen auf allen Ebenen zu erreichen, brauchen wir ein Gleichstellungsgesetz." • "Wir setzen uns ... für eine Be-vorzugung der ArbeitgeberInnen bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen ein, die nachweislich und nachhaltig dafür gesorgt ha-ben, dass auf allen Ebenen und insbesondere in Entscheidungs-prozessen eine paritätische Be-setzung mit Frauen erfolgt."	• Arbeitszeitgesetz: durchschnittli-che regelmäßige Höchststarbeits-zeit muss auf 40 Stunden be-grenzt werden. • "Wir unterstützen die Gewerk-schaften, wenn sie versuchen, Arbeitszeitkürzungen zu vereinba-ren."

Hartz-Gesetze und Niedriglohnsektor	• ALG II-Empfänger können bei Neueinstellung bis zwei Jahre 10 % unter Tarif entlohnt werden. • Einführung eines Kombi-Lohn-Modells. • Optimierung der Umsetzung von Hartz IV.	• Im "liberalen Bürgergeld " werden steuerfinanzierte Sozialleistungen Grundsicherung, Sozialhilfe, Wohngeld, ALG II, BAföG, usw.) zu einer einzigen zusammenge-fasst. Nur eine Behörde ist zu-ständig: das Finanzamt.	• Stärkere Reintegration von Älte-ren und Langzeitarbeitslosen in den 1. Arbeitsmarkt. • Angleichung von ALG II in Ost und West auf 345 Euro.	• Niedrigere Lohnnebenkosten (z.B. durch Zuschüsse) für Be-schäftigungsverhältnisse im unte-ren Einkommensbereich.	• Unternehmen sollen nach ihrer realen wirtschaftlichen Leistung in die Sozialversicherungen einzah-len; nicht mehr nach Zahl der Be-schäftigten und deren Bruttolohn.
--	--	--	--	--	--

	CDU/CSU	FDP	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	Die Linke. PDS	7
		• Bei Ablehnung von zumutbarer Arbeit wird die Grundleistung um 30 % gekürzt. • Bessere Zuverdienstmöglichkeiten für ALG II-Empfänger.		• Sanktionen, die jungen Menschen bei Ablehnung einer zumutbaren Arbeit nach der Hartz IV drohen, sollen entschärft werden.	• Bedarfsorientierte soziale Grund-sicherung: Niemand soll weniger als 60 % des durchschnittlichen Haushaltseinkommens haben. • Längere Bezugsdauer von ALG I und eine Erhöhung der Einkommen mindestens in dem Maße, wie die gesamtwirtschaftliche Produktivität und die Preise steigen. • Anhebung von ALG II auf mindestens 420 Euro in Ost und West zuzüglich Kosten der Unterkunft. • Deutliche Verbesserung der Zuverdienstmöglichkeiten. • Rücknahme Hartz 4-Gesetz. • Mit denselben Mitteln sollen in Kombination mit anderen Fonds reguläre, versicherungspflichtige und existenzsichernde Arbeitsplätze geschaffen werden. • Rechtsanspruch von Jugendlichen unter 25 Jahren auf Arbeitsförderung. • Rechtsanspruch auf Job-Angebote für arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger. • Rechtsanspruch für Jugendliche auf Ausbildung. Zwang zur Annahme wird abgelehnt. • Bedarfsgerechte Qualifizierungsangebote für gering Qualifizierte. Finanziert durch Lohnkostenzuschüsse der öffentlichen Hand. • Sozialabgaben für besonders schlecht bezahlte Personengruppen sind auf Zeit aus Steuermitteln zu finanzieren.	

c) Familienpolitik

Familie und Beruf	• Ausbau der Kinderbetreuung durch die Länder.	• Bundesweiter Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder bereits im 3. Lebensjahr. • Flächendeckendes Angebot an Ganztags-schulen.	• Ausbau von Qualität und Quantität der Tagesbetreuung. • Rechtsanspruch ab dem 2. Lebensjahr bis 2010 erreichen. • Gebührenfreiheit für Kitas. • Erziehungsgeld in ein Elterngeld mit Einkommensersatzfunktion umwandeln. • Bündelung von Leistungen für Familien in einer Familienkasse.	• Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab dem 1. Lebensjahr.	• Gebührenfreie Kita-Plätze für alle (uneingeschränkter Rechtsanspruch) • Ganztagsbetreuungsangebote für Kinder jeden Alters.
--------------------------	--	---	--	--	--

3. Das Handwerk fordert: Fairen Wettbewerb sicherstellen

Was will die Politik?

Illegale Beschäftigung	Lohn- und Sozialdumping in der Folge der EU-Osterweiterung und Schwarzarbeit sollen bekämpft werden. Maßnahmen: Bessere Kontrollen und bessere Zusammenarbeit der zuständigen Stellen, Ordnungsämtern und Kammern.	Einsatz illegal Beschäftigter soll bekämpft werden - auch für die bestehenden Schutzvorschriften auf dem Weg zu einem Europäischen Binnenmarkt.	Task-Force zur Bekämpfung des Missbrauchs der Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit.		
Dienstleistungsrichtlinie			- Dienstleistungsrichtlinie muss sozial ausgewogen sein und darf Verstöße gegen die Ordnung des Arbeitsmarktes nicht zulassen. - Das Herkunftslandprinzip ist nicht akzeptabel.	"Wir wenden uns gegen eine Dienstleistungsrichtlinie, die über das Herkunftslandprinzip Druck auf soziale, ökologische und arbeitsrechtliche Standards aufbaut."	
Forschung und Innovationen	- Schaffung besserer Entwicklungschancen auf technologischen Spitzefeldern (Bio- und Gentechnologie, Nanotechnologie usw.). 1 Mrd. Euro zusätzliche Investitionen in Forschung und Entwicklung, Ziel: 3 % des BIP Investitionen in FuE im Jahr 2010 - Anreize für den Aufbau einer modernen Breitband-Netzinfrastruktur. - Universitäre und außeruniversitäre Forschung besser vernetzen. - Innovationskraft des Mittelstandes soll durch verstärkte Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft gefördert werden.	- Ab 2006 soll eine "Dekade der Forschung, Gründung und Innovation" eingeläutet werden. - Änderung der deutschen Stammzellgesetzgebung. - Stärkung der Bio- und Nanotechnologie.	- Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung am BIP soll bis 2010 auf 3 % angehoben werden (Staat trägt 1/3 und Wirtschaft 2/3). - Neue Innovationsprogramme für Hochschulen. - Innovative Mittelständler erhalten Kredite, die 2 % unter dem Marktzins liegen.	- Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung am BIP soll bis 2010 auf 3 % angehoben werden. - Innovative Felder der Zukunft: Medizintechnik, Nanotechnologie und unbedenkliche Formen der Biotechnologie.	"Neue Art von Industriepolitik im Osten und in strukturschwachen Regionen generell" in Zukunftsbranchen. - Fördermöglichkeiten für Forschung und Entwicklung in kleinen und mittelständischen Unternehmen und Erleichterung des Zugangs zu Fördermitteln.
Umwelt- und Energiepolitik	- Umweltpakt Deutschland: Mehr Eigenverantwortung für Wirtschaft und Bürger im Umweltschutz. "Bürokratische EU-Regelungen, wie die Chemikalienrichtlinie, die die Wirtschaft unnötig belasten, müssen auf unumgängliche Regelungen beschränkt werden."	- Europaweit verbindliche Umweltstandards. - Reach-Verordnung: neben Umweltschutzaspekten sollen auch ökonomische Belange berücksichtigt werden. - Abschaffung des Zwangspfands. - Option zur Nutzung zukünftiger Kernenergie soll offen gehalten werden.	- Im internationalen Wettbewerb technologische Stärken für Zukunftsmärkte nutzen: Umwelt und Nachhaltigkeit. - Förderung energetischer Gebäudesanierung. - Förderung hocheffizienter und klimaverträglicher Kohlekraftwerke.	Übergang zu einer ressourcenleichten Ökonomie durch die Konzentration der Forschungs- und Technologieförderung auf umweltverträgliche Produkte und Technologien.	"Wir wollen Eigentums- und Machtstrukturen schrittweise verändern, die einem ökologischen Wandel entgegenstehen."

	CDU/CSU	FDP	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	Die Linke. PDS
	• Reduzierung der zum Teil exorbitanten Subventionierung erneuerbarer Energien. • Markteinreizprogramm „energetische Sanierung im Gebäudebereich“. • Längere Laufzeiten für Kernkraftwerke, ideologiefreie Energieforschung.	• Nutzung erneuerbarer Energien muss vorangetrieben werden. • Öffnung und Deregulierung der Energiemärkte.		• Streichung von Subventionen, die den verschwenderischen Umgang mit knappen Ressourcen begünstigen und eine höhere Kostenbelastung des Naturverbrauchs durch Abgaben und steuerliche Instrumente. • Deutsche Umweltstandards auch in anderen Ländern. • 4X25: Erneuerbare Energien sollen 25 % der Stromversorgung, der Wärmenutzung, des Kraftstoffverbrauchs und der chemisch produzierten Güter ausmachen. • CO₂-Gebäudesanierungsprogramm stärken.	
Verkehr und Infrastruktur	• Beschleunigung wichtiger Infrastrukturmaßnahmen durch einfachere und kürzere Planung, LKW-Maut-Einnahmen fließen direkt in Verkehrsinfrastruktur. • Wettbewerb auf der Schiene fördern, Transrapidstrecke in Deutschland realisieren. • Verstärkte Nutzung öffentlich-privater Partnerschaften mit verursachergerechter Finanzierung. • Sicherung der notwendigen Mittelzuweisungen für den Verkehrswegebau.	• Fairer Wettbewerb zwischen Verkehrsträgern und Vernetzung. • Verstärkte Nutzung von PPP-Modellen. • Aufhebung des bisherigen Ausbaustopps bei Wasserstraßen und Flughäfen.	• 2 Mrd. Euro für den Ausbau von Straßen- und Schienennetz in den nächsten 4 Jahren. • Gewinnung privater Investoren an der Finanzierung öffentlicher Infrastruktur (ÖPP).	• Citymaut und Fahrverbote für "Stinker". • Bahnfahren billiger machen. • Verlagerung von Gütern auf die Schiene und küstennahe Schifffahrt.	• Ausbau des öffentlichen Verkehrs zu günstigeren Preisen. • Verlagerung von Gütern auf die Schiene. • Schaffung einer leistungsfähigen Infrastruktur.
Finanzierung	• Stärkung der Eigenkapitalbildung bei KMU sowie mittelstandsgerechte Rahmenbedingungen für die Kreditvergabe, KWG entschlacken, Überregulierung der Bankenaufsicht zurückführen, attraktive Bedingungen für Wagniskapital.	• Bei Beteiligung von Privatinvestoren an KMU: 25 % des Beteiligungsbetrages (max. 1 Mio. Euro) sind abzugsfähig.	• Innovative Mittelständler erhalten von der Mittelstandsbank zukünftig Kredite, die 2 Prozentpunkte unter dem Marktzins liegen.	• Geeignete Finanzierungsinstrumente für KMUs.	• Eigenkapitalstärkung durch staatlich unterstützte Kredite sowie stille Beteiligungen der öffentlichen Hand.
Vergaberecht	• Mittelstandsfreundliche Losgrößen bei öffentlichen Ausschreibungen des Bundes • Überprüfung von überzogenen Standards und Schwellenwerten.				
Existenzgründer	• Schaffung von attraktiven Bedingungen für Wagniskapital.	• Bereitschaft und Fähigkeit zur Existenzgründung zu verbessern. • Die Programme zur finanziellen Förderung von Existenzgründungen müssen gestrafft und entbürokratisiert werden.	• One-Stop-Shops für Existenzgründer.	• Wir werden "für ein neues Klima für UnternehmensgründerInnen sorgen." • Zugänge für Bürgschaften und Wagniskapital für Existenzgründer.	• Existenzgründer sind von bürokratischen Lasten zu befreien und sollen gezielt Leistungen aus erster Hand erhalten.

	CDU/CSU	FDP	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	Die Linke. PDS	10
		Existenzgründern ist zeitlich befristet eine Befreiung von vorübergehend verzichtbaren Vorschriften des Gewerbe-, Verwaltungs-, Arbeits-, Sozial-, Bau-, und Insolvenzrechts zu gewähren.				
Aufbau Ost	- Forschungsschwerpunkt Hochtechnologie in den neuen Ländern. - Öffnungsklauseln in bundesgesetzlichen Regelungen.	- Voraussetzung: Gesamtdeutsche Verbesserung der unternehmerischen Rahmenbedingungen. - Modellregionen Ost. - Weg von "Gießkannenförderung", hin gezielter Förderung.	Stadtumbau Ost über 2009 hinaus fördern.	- Mittel aus der Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur verwenden für Bildung, Forschung und direkte Wirtschaftsförderung. - Wachstumsregionen, insbesondere KMUs fördern.	- Modernisierung des Förderinstruments Gemeinschaftsaufgabe "Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur": Länder mit besonderen Struktur- und Haushaltsproblemen sollten nicht mehr die Hälfte, sondern nur noch ein Viertel der Fördermittel kofinanzieren müssen. - Veraltete Bestimmungen aus den Zeiten der Industriegesellschaft müssen abgeschafft, Antragsteller von überholten Nachweis- und Genehmigungspflichten entlastet, moderne Regelwerke für eine wissensbasierte Gesellschaft entwickelt werden.	

4. Das Handwerk fordert: Zukunftsfähige Staatsstrukturen schaffen

Was will die Politik?

Föderalismus	• Reduzierung des Anteils der zustimmungspflichtigen Gesetze im Bundesrat. • Abbau von Mischfinanzierungen. • Verbesserung der Europatauglichkeit des Grundgesetzes.	• Neuer Anlauf zur Reform des deutschen Föderalismus. • Neuverteilung und Trennung der Aufgaben zwischen den staatlichen Ebenen. • Staatsaufgaben sollen zurückgeführt und Verwaltung modernisiert werden.		• "Die Mitwirkungsrechte des Bundesrates wollen wir auf die wirklichen Länderbelange begrenzen." • Mehr Zuständigkeiten für die Länderparlamente. • Reform der Finanzverfassung zur Stärkung der Steuerautonomie der Länder und Sicherung des solidarischen Finanzausgleichs.	• Kooperativer, solidarischer Föderalismus. • Mehr Gestaltungsmöglichkeiten für die Länder. • Stärkung der Landesparlamente.
Bürokratieabbau:	• Gezielte Entlastung von Betrieben mit bis 20 Mitarbeitern von zahlreichen Vorschriften: Überprüfung von Schwellenwerten, Abbau von Buchführungs- und Statistikpflichten. • Deregulierung, Aufgabenabbau, Entlastung der Wirtschaft von Bürokratiekosten. • Vorrang für Investitionen und Arbeitsplätze sowie Abschaffung des Verbandsklagerechts bei Planungsvorhaben. • Keine Statistikpflichten für Existenzgründer, Vollstatistiken abschaffen und durch Stichproben ersetzen. • Geringere Buchführungs-, Nachweis- und Dokumentationspflichten für KMU, Abbau überzogener Standards (u. a. Beauftragte). • EU-Recht: vereinfachen und deregulieren, Gesetzesfolgenabschätzung, nur noch 1:1-Umsetzung in nationales Recht. • E-Government: bis 2009 alle staatlichen Verwaltungsleistungen online rund um die Uhr.	• Die Anzahl der geforderten Statistiken muss deutlich verringert werden. • Bei Erhebungs-, Melde- und Prüfverfahren, die zur Überwälzung von Bürokratie auf die Unternehmen führen, sind die zeitlichen Intervalle zu vergrößern, die Schwellenwerte nach Größenklassen anzuheben und die Mehrkosten mittelständischer Unternehmen gegenüber Großunternehmen zu erstatten. • Neue Gesetze nach Möglichkeit mit Verfallsdatum versehen. • Bürokratiekosten-TÜV einführen. • Modellregionen möglich machen. • E-Government-Portale errichten.	• One-Stop-Shop für Existenzgründer. • Innovationsregionen. • Umweltgesetzbuch schaffen, das bisherige Regelungen bündelt.	• Neue Gesetze sollen regelmäßig auf Brauchbarkeit hin überprüft möglichst zeitlich befristet werden. • Schaffung einer modernen öffentlichen Verwaltung.	• Existenzgründer sollten von überzogenen bürokratischen Auflagen befreit werden und gezielt Angebote aus erster Hand erhalten.

Mittelstand		• Ein Gleichbehandlungsgesetz zugunsten des Mittelstandes soll alle gesetzlich verursachten Benachteiligungen von KMUs gegenüber Großunternehmen im Interesse der Wettbewerbsgleichheit beseitigen.		• "Wir wollen den Anliegen der kleinen und mittleren Unternehmen besonders Gehör verschaffen." • Bekämpfung von Finanzierungs- und Nachfolgeproblemen, schlechter Zahlungsmoral, zunehmenden Rechtsstreitigkeiten, Korruptionen und Schwarzarbeit.	
Selbstverwaltung der Wirtschaft		• "Das auf dem Prinzip der Pflichtmitgliedschaft beruhende deutsche Kammerwesen steht seit Jahren in der Diskussion. Dieses Kammerprivileg bedarf immer wieder der Rechtfertigung gegenüber Politik und Unternehmerschaft. Auch unabhängig von der Frage der Pflichtmitgliedschaft besteht in den Kammern erheblicher Reformbedarf. Dies gilt beispielsweise für ihre Aufgabenabgrenzung im Spannungsfeld zwischen der öffentlichen Hand und privaten Anbietern, ihre innere Organisation, ihre Willensbildungsprozesse und ihr Finanzgebaren."		• "Kammerzwänge müssen abgebaut werden."	